

Das

SPRACHROHR



der Ahnataler



Nr. 3/1999

Dezember 1999

Zum Jahresausklang

Der Wechsel vom Jahr 1999 zum Jahr 2000 ist eigentlich ein schlichter Vorgang. In der Reihenfolge der natürlichen Zahlen geht es um eine Zahl weiter. Und doch reden alle vom Jahrhundert-, Jahrtausendwechsel. 99 Pfennige sind aber noch keine Mark, oder 1.999 Pfennige sind noch keine 20,00 DM.

Unsere Zeitrechnung ist vor langer Zeit von Menschen festgelegt worden. Menschen empfinden nicht immer rational nach den Gesetzen der Mathematik und der Logik, sondern als gefühlsbetonte Wesen emotional. Und einzigartig ist es schon, wenn eine neue Tausenderreihe beginnt.

Also lassen wir die kleinlichen Betrachtungen, gönnen wir uns das bewegende Gefühl, daß ein neues Jahrtausend beginnt, und feiern wir es.

Geschichte mit ihren historischen Entwicklungen läßt sich sowieso nicht an konkreten Zahlen festmachen. Oder doch? „Unser“ Jahrhundert von 1900 bis heute ist voll von wichtigen Daten, den persönlichen und den geschichtsträchtigen.

Zu den gesellschaftspolitischen Ideen des 19. Jahrhunderts mit Kapitalismus, Liberalismus, Nationalismus und Sozialismus sind im 20. Jahrhundert die Schlachten geschlagen worden. Sie haben ihre Spuren hinterlassen. Weltreiche sind zusammengebrochen. Elektronik, Medientechnik, Globalisierung, neue Entdeckungen und Erfindungen in immer rascherer Folge schaffen eine sich verändernde Welt.

Nichts ist und bleibt mehr so wie es war. Ständig werden wir mit neuen Entwicklungen konfrontiert, ob wir wollen oder nicht. Mit der Zertrümmerung des als unteilbar geltenden Atoms und der Entdeckung kleiner und kleinster Bausteine in der Atomphysik hat offensichtlich auch die Erschütterung unserer

gesellschaftlichen Grundhaltungen und Überzeugungen begonnen.

Unklar bleibt, wohin die Entwicklung geht. Gibt es Orientierung, woran können wir uns halten? Bleibt uns angesichts der immer komplexeren und nicht mehr überschaubaren Regelungen und Bedingungen nur noch der Rückzug auf uns selbst?

Motto „Laßt mich doch in Ruhe, ich richte es mir so ein, wie ich es für richtig halte!“

Dies wäre ein falscher Weg! Wir sind Teil der Welt und als Einzelwesen konkret Betroffene und Teilnehmer der Entwicklungen zugleich. Wenn die Spielregeln unseres Zusammenlebens neu bestimmt werden, müssen wir uns einbringen, mitbestimmen und mitgestalten.

Das gilt zunächst für den Bereich unseres gemeindlichen Zusammenlebens, aber auch für Deutschland und seinen Beitrag in der EU und der Völkergemeinschaft. Nur wenn wir es wollen, kann das Prinzip Hoffnung erfolgreich sein.

Wie bei jedem Jahreswechsel leben wir auch diesmal von Hoffnung; Hoffnung darauf, daß

- die Krisen und Bedrohungen unserer Welt überwunden,
- der Frieden erhalten,
- die Würde aller Menschen geachtet und gewahrt werden und
- unsere persönlichen Dinge sich zum Besten gestalten.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest und
für das Jahr 2000 ein herzliches Glück Auf

Ihre SPD Ahnatal

Gemeindehaushalt 2000:

Geordnete Finanzen!

Bürgermeisterin Regina Heldmann konnte in der Sitzung der Gemeindevertretung am 9. November für das Jahr 2000 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Bei einer Steigerung im investiven Bereich um über 15 % gegenüber 1999, wird es noch möglich sein, den Schuldenstand der Gemeinde etwas abzubauen.

Der Verwaltungshaushalt hat sich gegenüber 1999 praktisch nicht verändert, das war nach Aussagen der Bürgermeisterin nur durch erhebliche Einsparungen zu erreichen. Positiv anzumerken ist dabei, dass die Gemeinde trotzdem ihr Serviceangebot mit der Einrichtung des Dienstleistungszentrums in Heckershausen deutlich verbessert hat. Zur Verstärkung der Engagements vor allem im Kinder- und Jugendbereich wird im Amt für Jugend Kultur und Senioren eine zusätzliche halbe Stelle eingerichtet.

Die Gemeinde wird sich auch im kommenden Jahr im Rahmen des Landkreisprogrammes „Arbeit statt Sozialhilfe“ wieder daran beteiligen, durch Beschäftigung von Sozialhilfempfängern diese Menschen zumindest vorübergehend wieder in Arbeit und Brot zu bringen.

Die Unterstützung der örtlichen Vereine und Verbände mit frei verwendbaren Zuschüssen wird wie in den vergangenen Jahren fortgesetzt.

Die Gebühren für Wasser und Abwasser verändern sich nicht. Für Abfallbeseitigung wird die Gemeinde auf Grund der bisherigen Erfahrungen ca. 80.000 DM aufwenden müssen. Der Grund dafür ist, dass trotz der hervorragend organisierten Abfallentsorgung im Kreis Kassel, es leider immer noch viele unverbesserliche Zeitgenossen gibt, die ihren Müll einfach in die Landschaft werfen. Mit der Beseitigung solcher illegalen Ablagerungen im Ort und in der Gemarkung ist ein Bauhofmitarbeiter praktisch voll beschäftigt!

Der Zuschuß zum Betrieb der drei gemeindeeigenen Kindergärten wird mehr als 1,2 Millionen Mark betragen, das sind über 60 % der tatsächlichen Kosten. Gemessen an ihrer Finanzkraft ist festzuhalten, dass die Gemeinde damit einen überproportionaler Beitrag zur Förderung von Familien mit Kindern leistet.

Schwerpunkte im Vermögenshaushalt sind Investitionen zur Erhaltung und Verbesserung von gemeindlichen Einrichtungen.

60.000 DM sind für die Verbesserung und Neugestaltung von Spielplätzen vorgesehen. Geplant sind weiterhin Verbesserungsmaßnahmen in den Kindergärten in Weimar und Heckershausen und die Erweiterung des Internet-Cafes.

Der SVW 06 Ahnatal erhält einen Baukostenzuschuß zum Umbau des Sportheimes Triftstraße. Ebenfalls einen Baukostenzuschuß erhält die DRK-Ortsvereinigung für den Bau einer Doppelgarage mit Unterrichtsraum.

An der Sporthalle soll im kommenden Jahr der geschützte Übergang zwischen den Umkleekabinen und dem Zuschauerbereich gebaut werden. Die Blockhütte am oberen Tanzeplatz erhält neben einem abschließbaren Lagerraum auch eine behindertengerechte Toilettenanlage.

Am Kanalnetz sind umfangreiche Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen vorgesehen, um gesetzlichen Vorgaben nachzukommen und auch um die Abwasserabgabe weiter zu reduzieren.

In Heckershausen wird die Alte Straße in Verbindung mit der Kanalsanierung erneuert.

Planungsaktivitäten sind für die Bachbrücke in der Königsfahrt und für die Treppenanlage am Gemeindezentrum vorgesehen.

Zur Vorbereitung einer Sanierung des gemeindeeigenen Gebäudes mit der Gaststätte „Alt Weimar“ stehen 100.000 DM zur Verfügung. Dafür sollen ein Standort- und Marktanalysen erarbeitet, sowie ein Betriebskonzept erstellt und die notwendigen Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt werden.

Öfter mal Abschalten!**Unnötiger Leerlauf von Elektrogeräten erhöht die Stromrechnung.**

Verschiedene Stromanbieter stellen derzeit über Tarifsenkungen Kostenersparnisse von etwa 50 bis 250 Mark pro Haushalt und Jahr in Aussicht. Würde in den Haushalten verstärkt auf Leerlauf und Stand-by-Schaltungen verzichtet, ließe sich leicht mehr als doppelt so viel einsparen.

Während Autos an einer Ampel stehen, laufen die Motoren weiter: im Leerlauf. Ähnlich ist es bei Elektrogeräten, die nach dem Ausschalten über die Fernbedienung in Bereitschaft (stand-by) versetzt werden und weiter Strom verbrauchen, während sie darauf warten wieder in Betrieb gesetzt zu werden.

Ein Beispiel: Ein Fernsehgerät wird im Durchschnitt fünf Stunden am Tag genutzt, die verbleibenden 19 Stunden steht es in Bereitschaft. Bei einem durchschnittlichen Stand-by-Verbrauch von 20 Watt pro Stunde zahlen sie im Jahr über 40 Mark für Strom. Dieser Stromverbrauch ist vermeidbar, wenn Sie das Gerät ausschalten!

Die Vermeidung von Leerlaufverlusten bei Elektrogeräten schont die Umwelt und den Geldbeutel. Nach einer Studie die 1997 im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführt wurde, liegen die Leerlaufverluste von Elektrogeräten in Haushalten bei rund 14 Milliarden Kilowattstunden, das entspricht immerhin knapp drei Prozent des gegenwärtigen Gesamtstromverbrauchs oder umgerechnet dem Stromverbrauch von 40 Städten mit je 10.000 Einwohnern.

Um allein die Leerlaufverluste der Privathaushalte zu decken sind zwei Großkraftwerke mit je 1000 Megawatt Leistung nötig.

Das Gros der Bundesbürger könnte nach Einschätzung des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) viel mehr Strom sparen und damit die Energiekosten noch erheblich senken. Der BUND hat auf einer kürzlich beendeten „Energiespar-Tour“ durch zehn Städte etwa 5000 Menschen über diese Energieverschwendung und Stand-by informiert.

Drei Wochen lang wurden Bürger über Stromeinsparmöglichkeiten informiert. Die meisten waren überrascht, vom Ausmaß der Stromvergeudung. Der BUND fordert die Elektroindustrie auf, ihre Produkte generell mit Abschaltautomatik auszustatten und die Verbrauchswerte von Stand-by-Schaltungen kenntlich zu machen. Nur so können sich Kunden für Geräte mit geringem Stromverbrauch entscheiden.

Das neue Kommunalwahlrecht in Hessen:

Kumulieren und Panaschieren

Mehr Bürgerbeteiligung soll das von der CDU/FDP-Landesregierung geplante neue Kommunalwahlrecht bringen. Zweifel sind allerdings angebracht und viel Geld wird es auf jeden Fall kosten. 16 Millionen Mark werden die Städte und Gemeinden landesweit zusätzlich für eine Kommunalwahl aufwenden müssen.

Stimmzettel so groß wie Badehandtücher, Dutzende von Stimmen, das sind die äußeren Merkmale des geplanten neuen Wahlverfahrens. Jede Wählerin und jeder Wähler hat so viele Stimmen, wie Sitze im jeweiligen Kommunalparlament zu vergeben sind, in Ahnatal sind das 31. Diese Stimmen können auf mehrere Listen verteilt werden, wobei einzelne Kandidatinnen und Kandidaten mit bis zu drei Stimmen bedacht werden können. Die Mandate, die nach bisherigem Verhältniswahlrecht auf die jeweilige Liste entfallen, werden dann in der Reihenfolge nach jeweils erreichter Stimmenzahl vergeben. Das ist so kompliziert, wie es sich anhört.

Wer nicht wie bisher, seine Stimmen nur einer Liste (Partei) geben will, was nach wie vor möglich ist, der

muss beim „Kreuzchenmachen“ gut mitzählen, will er nicht riskieren, dass sein Stimmzettel ungültig wird. Ein Kreuzchen zuviel, wenn Kandidatinnen oder Kandidaten auf verschiedenen Listen gewählt wurden, und schon ist es passiert, der Stimmzettel ist ungültig.

Um zu verhindern, dass allzuvielen Stimmzettel ungültig werden gibt es im Gesetzentwurf der Landesregierung eine Reihe sogenannter „Heilungsregeln“. Wenn beispielsweise jemand sein Stimmenkontingent versehentlich überzieht, sollen die Wahlhelfer nach vorher festgeschriebenen Regeln auf dem Wahlzettel „nachbessern“ und einige Stimmen streichen können. Unter Experten ist dies äußerst umstritten - und das wohl nicht ohne Grund, wie sich gezeigt hat.

So sind im Gesetzentwurf einige Heilungs-Beispiele aufgeführt, die von einem relativ einfachen Fall ausgehen, einer Gemeinde mit nur 15 Gemeindevertretern und entsprechend maximal 15 Stimmen für den Wähler. Das Innenministerium, dessen Chef Innenminister Bouffier (CDU), das neue Gesetz als für den Bürger „ohne weiteres“ verständlich bezeichnete, musste zugeben, dass auch in dem einfachen Beispielen noch Fehler vorhanden sind. So hätten Kandidaten Stimmen bekommen, die ihnen gar nicht zustanden. Das Ministerium bezeichnete dies als „Bürofehler und einfache Verwechslungen“, die „in der Hektik der Gesetzesvorbereitung“ nicht aufgefallen seien.

Na denn, wenn ähnliche Fehler und Verwechslungen den einfachen Wahlhelfern beim Auszählen in der Hektik des Wahlabends unterlaufen, wäre das Wahlergebnis verfälscht!

Soviel zum Thema Wahlverfahren: Auch das, was sonst noch mit dem neuen „Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und kommunalen Selbstverwaltung“, das ist die offizielle

Bezeichnung, erreicht werden soll, wird eher das Gegenteil bewirken.

Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen, dass Ärzte, Handwerker und Vereinsfunktionäre, weil die ohnehin bekannt sind, gute Chancen haben gewählt zu werden. Frauen, junge Menschen, Arbeiter bleiben auf der Strecke - zukünftig gibt es auch in Hessen „Honoratiorenparlamente“. Eine ausgewogene Beteiligung der Ortsteile wird zukünftig auch kaum noch möglich sein.

Die Verlängerung der Wahlperiode von vier auf fünf Jahre und die (Wieder-)Anhebung des Wahlalters von 16 auf 18 Jahre sind ebenfalls Vorhaben, die die Bürgerbeteiligung eher beschneiden. Die vorgesehene 3-Prozent-Klausel soll wohl in erster Linie die FDP im kommunalpolitischen Bereich wiederbeleben. Dabei wird in Kauf genommen, dass eine solche Regelung vielerorts extremistischen Parteien und Gruppierungen den Einzug in die Parlamente ermöglichen wird.

Die kommunalpolitischen Gewichungen sollen zukünftig zu Lasten der Ehrenamtlichen verschoben werden. Bürgermeister und Verwaltungen erhalten mehr Befugnisse.

Ein populistisches „Bonbon“ ist die fakultative Absenkung der Zahl der Gemeindevertreter. Wo einerseits Heilungsregelungen (siehe oben) bis ins letzte Detail vorgegeben sind, wird es hier den Gemeindeparlamenten großzügig „erlaubt“ selbst die Zahl ihrer Mitglieder „maßvoll“ zu verringern. Können Sie sich eine Mehrheit im Parlament vorstellen, die sich wegen einer solchen Entscheidung von der Minderheit (und der Presse) vorwerfen lassen will, Andersdenkende per Satzungsänderung aus dem Parlament heraushalten zu wollen?

Trotz aller kompetenten Einwände wird das neue Wahlgesetz wohl so beschlossen werden. Die Ahnataler SPD wird bemüht sein, Sie liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger zu gegebener Zeit sachlich zu informieren, um jeden Einzelnen in die Lage zu versetzen, von seinem Wahlrecht auch in Zukunft sicher und effektiv Gebrauch machen zu können.

Schizophrenie:

Im nächsten Jahr wird wieder britisches Rindfleisch in deutschen Läden verkauft werden können. Die EU will das so, und sie wird es auf Grund der geltenden Rechtslage notfalls gerichtlich durchsetzen können. Dabei ist die BSE-Gefahr noch lange nicht beseitigt, und praktikierbare Nachweisverfahren sind noch nicht vorhanden. Aber schließlich geht der gemeinsame Markt der EU über alles.

Eine einheitliche Zinsbesteuerung ist in der EU nicht zu erreichen, weil vor allem Großbritannien und natürlich auch Luxemburg dies nicht wollen. Wenn es ums große Geld geht, ist das Durchsetzungsvermögen innerhalb der EU plötzlich sehr eingeschränkt!

Eines sollte unseren Europapolitikern klar sein: Solange der kleine Mann, die kleine Frau, den Eindruck haben muss, dass die EU mehr dem Geld als den Menschen verpflichtet ist, solange wird ein „geeintes“ Europa eine Chimäre sein und bleiben.

CDU legt Axt an hessische Erwachsenenbildung

Die geplanten Kürzungen für die hessischen Volkshochschulen und Abendschulen im nächsten Jahr um über 7 Millionen Mark ruinieren die Erwachsenenbildung in Hessen. Die SPD-Landtagsfraktion befürchtet, dass die dramatischen Kürzungen dazu führen werden, dass ein flächendeckendes Angebot auf diese Art und Weise gefährdet ist. Die kommunalen Träger seien aufgrund ihrer häufig defizitären Haushaltssituation nicht in der Lage, zusätzliche Mittel für die Erwachsenenbildung zur Verfügung zu stellen.

„Die Regierungskoalition stiehlt sich aus ihrer Verantwortung für die hessischen Volkshochschulen und die Erwachsenenbildung“ sagt Heike Habermann, die Fachsprecherin der SPD-Fraktion. Erwachsenenbildung müsse für alle Interessierten zugänglich sein und auch allen zu vertretbaren finanziellen Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Lebenslanges Lernen sei mehr denn je eine dringende Notwendigkeit, um gesellschaftliche Veränderungsprozesse mitgestalten und sich beruflich weiterqualifizieren zu können.

„Reaktorgefälligkeitskommission“

Die Einsetzung der „Internationalen Länderkommission Kerntechnik“ durch die Länder Hessen, Bayern und Baden-Württemberg wird den Steuerzahler in Hessen pro Jahr rund eine Million Mark kosten. Es drängt sich der Verdacht auf, dass diese Kommission nur die Atompolitik der CDU/FDP-Landesregierung rechtfertigen soll, denn auf Bundesebene existiert bereits eine kompetent besetzte Reaktorsicherheitskommission. „Das neue Gremium ist wohl eher eine Reaktorgefälligkeitskommission“ urteilt der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Norbert Schmitt.

Umweltminister Dietzel (CDU) setzt sich über die berechtigten Sicherheitsinteressen der hessischen Bevölkerung hinweg und fördert stattdessen die Interessen der Atomindustrie.

Künftig geht es bei den Steuern gerechter zu

Sparprogramm gegen Abschreibungskünstler

Der SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mit Bundesregierung und Bundestagsfraktion dafür gesorgt, dass endlich 60 Steuervergünstigungen abgeschafft wurden, die Abschreibungskünstlern in der Vergangenheit ungerechtfertigt Millionen einbrachten. Hier die zehn größten Brocken:

6,455 Milliarden DM - Halber Steuersatz auf Veräußerungsgewinne abgeschafft: Manche außerordentlichen Einkünfte wurden bis 1999 bis zu 15 Millionen nur mit dem halben Steuersatz belegt. Spitzenverdiener strickten sich daraus lukrative Steuersparmodelle. Die verursachten entsprechend hohe Steuerausfälle. Jetzt führt das rechnerische Verteilen der Einkünfte auf mehrere Jahre zu einer sachgerechten Versteuerung.

4,994 Milliarden DM - Exzessive Rückstellungen abgeschafft: Für bestimmte Verpflichtungen können Unternehmen Rückstellungen bilden. Sie wurden bisher den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Jetzt werden sie ehrlicher bewertet und ungerechtfertigte Vergünstigungen z. B. für die Atomindustrie und Versicherungswirtschaft beseitigt.

2,854 Milliarden DM - Exzessive Bildung stiller Reserven abgeschafft: Statt großzügiger gelten jetzt strengere Maßstäbe für die sogenannte Teilwertabschreibung bei bestimmten betrieblichen Wirtschaftsgütern.

2,492 Milliarden DM - zu weit gehende Bildung stiller Reserven abgeschafft: Ungerechtfertigte Begünstigungen stiller Reserven durch den sogenannten Mitunternehmererlass wurden erheblich eingeschränkt.

1 Milliarde DM - Missbrauch durch Zwei- und Mehrkontenmodelle abgeschafft. Unternehmer konnten bisher Betriebseinnahmen für private Zwecke entnehmen, jedoch den im Betrieb entstehenden Finanzierungsbedarf steuerbegünstigt durch Kredite ausgleichen. Diese Mißbrauchsmöglichkeit wurde abgeschafft.

960 Millionen DM - Ausgleich positiver Einnahmen mit Verlusten abgeschafft: Wer viel Geld verdient, hat es jetzt schwerer, sich beim Finanzamt arm zu rechnen. Verluste aus verschiedenen Einkunftsarten sind

nicht mehr unbeschränkt miteinander zu verrechnen.

783 Millionen DM - Nichterfassung privater Spekulationsgewinne abgeschafft: Grundstücke und Wertpapiere können künftig erst nach zehn bzw. einen Jahr statt wie bisher nach 24 bzw. 6 Monaten steuerfrei veräußert werden; dagegen wurde das selbst genutzte Wohneigentum gänzlich steuerfrei gestellt.

380 Millionen DM - Steuerfrei Veräußerung wesentlicher Anteile an Kapitalgesellschaften abgeschafft: Anteile an Kapitalgesellschaften könne Private nur noch steuerfrei verkaufen, wenn ihre Beteiligung weniger als zehn Prozent beträgt - früher 25 %.

100 Millionen DM - Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen bei Forst- und Landwirten abgeschafft. Nur noch kleinere Nebenerwerbsbetriebe sind von der Buchführung befreit; die Durchschnittssätze wurden zielgenauer ausgerichtet.

95 Millionen DM - Verrechnung ausländischer Betriebsstättenverluste mit inländischen Gewinn abgeschafft.

Diese Beispiele zeigen, dass die Bundesregierung handelt; und die jüngst veröffentlichten Prognosen zum Steueraufkommen beweisen, dass die Maßnahmen Wirkung haben. Dabei bleibt festzustellen: Es handelt sich nicht um zusätzlichen Steuern, sondern nur um Einnahmen, die dem Staat bisher vorenthalten wurden.

- Das Sprachrohr -

Herausgeber: SPD Ahnatal
Redaktion: Gerhard Schreiber
Weidenweg 18
34292 Ahnatal
Druck: MDM, Kassel

Auflage: 3600

Das SPRACHROHR erscheint mehrmals im Jahr und wird kostenlos an alle Haushalte in Ahnatal verteilt.